

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

N i e d e r s c h r i f t Nr. 11/2025

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 3. Dezember 2025

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:29 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 22

Es waren anwesend:

B´90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Stolz, OR Dr. Klingert, OR Tessmer,
OR Dr. Mezger, OR Maier

CDU: OR Kehrle, OR Müller, OR Dörflinger, OR Miersch,
OR Zwilling, OR Graf

SPD: OR Tröndle, OR Difflipp-Eppele, OR Dr. Rausch

FDP: OR Dr. Noé, OR Gaebel

AfD: OR Rathjen, OR Kluger

FW: OR Thormann, OR Clemens

DIE LINKE: OR Labenz

Es fehlten

a) entschuldigt: -

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Robin Axtmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Hillengaß (Jobcenter), Frau Beer (SuS), Herr Wagner (StPIA), Herr Prof. Dr. Pischon (VBK), Herr Dr. Heise (VBK), Frau Bronner (StPIA), Frau Martin (OA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 31. Oktober 2025, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 7. November 2025 auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Sie informiert, dass sich Frau Dr. Klingert um etwa 20 Minuten verspäten wird und Herr Zwilling die Sitzung um 19.00 Uhr verlassen müsse. Weiter informiert sie, dass heute ein Test-Lauf des neuen Konferenz-Systems stattfinde und die Sitzung aufgezeichnet, aber noch nicht veröffentlicht werde.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Bericht des Jobcenters Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 1, Bericht des Jobcenters Durlach, auf und begrüßt hierzu Herrn Hillengaß.

Herr Hillengaß (Jobcenter) begrüßt die Anwesenden. Er sagt, er habe Herrn Link, ebenfalls vom Jobcenter, dabei, welcher seit dem 1. Dezember für den Bereich Eingangszone und Leistungsgewährung zuständig sei. Die Jahre 2023 und fortfolgend stünden noch immer unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs mit gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Arbeitskräftesicherung sei in den Jahren noch immer großes Thema gewesen. Im Jahr 2023 sei die Grundsicherung durch das Bürgergeld abgelöst worden. Die Beschäftigungsschwerpunkte lägen weiterhin im Bereich Information und Kommunikation, Dienstleistung, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, Versicherung, Finanzen und Handel. Zur Struktur der Hilfebedürftigkeit sagt er, habe man ab 2023 einen steten, leichten Rückgang verzeichnet. Hier sei man bei Bedarfsgemeinschaften im Schnitt von 1.135 (2023) auf aktuell 1.086 (aktuell) zurückgegangen. Die Gesamtzahl der betreuten Personen sei von 1.983 (2023) auf aktuell etwas mehr als 1.900 (aktuell) reduziert. Bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sei die Zahl von 1.502 (2023) auf etwas mehr als 1.380 (aktuell) gesunken. Bei den Leistungen zum Lebensunterhalt habe die Einführung des Bürgergelds zu einer deutlichen Ausgabensteigerung geführt. Man habe einen Zuwachs von rund 21 % im Vergleich zu den Vorjahren gehabt. Hier seien Ausgaben von rund 7,9 Millionen Euro angefallen. In 2024 habe man auch nochmals eine Steigerung auf rund 8,6 Millionen Euro verzeichnet, während im Jahr 2025 man einen leicht rückläufigen Trend habe. Bei Langzeitleistungsbeziehenden, wobei dies einen Leistungsbezug von über 2 Jahren entspricht, habe man 2023 noch einen Rückgang von rund 6 % gehabt, dies sei im Jahr 2024 dann allerdings um rund 8 % angestiegen. Man habe als spezifische Aktivität die erwerbsfähigen unter 25 Jahren, also die jungen Erwachsenen. Diese befänden sich ganz überwiegend noch in Schul- oder Berufsausbildungen. Die tatsächlichen Arbeitslosen seien hier nur ein sehr geringer Anteil, es handle sich dabei um etwa 50 Personen. Die tatsächlich als arbeitslos definierten Jugendlichen wiesen oft multiple Vermittlungshemmnisse auf. Hier liege das Hauptaugenmerk auf dem Abbau der Hemmnisse. Bei den alleinerziehenden habe man eine spezialisierte Fachkraft. Hier handle es sich um rund 240 Personen. Hier nehme man besonders auf die Bedürfnisse der Alleinerziehenden abgestimmte Projekte wahr. Es habe sich die frühzeitige Aktivierung aller Eltern und Erziehenden mit Kindern unter 3 Jahren bewährt. Die Praxis zeige, dass eine verlässliche Kinderbetreuung der zentrale Schlüssel für die Integration in den Arbeitsmarkt sei. Die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen, der sogenannte Job-Turbo, sei vergangenes Jahr in Kraft gesetzt worden. Dieser habe als Hauptziel die Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit von geflüchteten Menschen, die Arbeitskräftesicherung für Unternehmen und Wirtschaft sowie die Ermöglichung einer selbständigen Zukunft mit Teilnahme an der Gesellschaft. In der ersten Phase solle es zunächst zur grundlegenden Orientierung und Erwerb von Sprachkenntnissen kommen. In der zweiten Phase beginne dann der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Berufsbegleitend erfolge dann der weitere Sprach-

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Bericht des Jobcenters Durlach

Blatt 2

erwerb oder bei Bedarf weitere Qualifizierung. Man habe hier eine auf die Personengruppe spezialisierte Fachkraft in Durlach. Zur Qualifizierung und Aktivierung sagt er, habe man das Glück einer auskömmlichen Mittelausstattung. Hier habe man in den vergangenen Jahren mehr als 180 berufliche Weiterbildungen ermöglichen können. Insgesamt konnte man über 400 Coachingangebote ermöglichen. Dies reiche von einfachen Bewerbungstrainings bis zu psychosozialen Unterstützungsangeboten. Man habe ein reichhaltiges Produktportfolio. Aktuell sei durch das Haushaltsfinanzierungsgesetz die abschließende Beratung, Bewilligung und Finanzierung der beruflichen Weiterbildung vollständig in die Agentur für Arbeit gegeben worden. Selbes gelte für die Rehabilitandinnen und Rehabilitanden. Man habe hier einen guten Übergabeprozess erarbeitet und die Zusammenarbeit gestalte sich problemlos. Weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit sei die Digitalisierung und die Ausweitung der digitalen Angebote und Prozesse. Seit Anfang des Jahres gebe es eine Jobcenter-App mit 2-Faktor-Authentifizierung. Man könne darüber beispielsweise schon Dokumente abfotografieren und für den Antrag direkt hochladen. Es sei natürlich auch nicht jeder und jede hierfür offen, weshalb man noch weiterhin die analogen Anträge annehme und bearbeite.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag und die wertvolle Arbeit. Er habe mit Hintergrund der Diskussion um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit Fragen. Er habe einen leichten Anstieg der Langzeitarbeitslosen erwähnt. Er frage, ob diese Großteils zur Altersklasse 50 oder 50+ gehörten oder ob dies durchmischt sei.

Herr Hillengaß (Jobcenter) sagt, dies sei zum Teil so, aber nicht ausschließlich. Man habe teilweise auch ältere Personen in dieser Gruppe vertreten.

OR Labenz (DIE LINKE) sagt, sie habe sich vor der Sitzung etwas umgehört. Aus der Bevölkerung sei ihr zurückgespiegelt worden, dass die Infotheke des Jobcenters nicht mehr benutzt werden dürfe, um Briefe und sonstiges abzugeben. Dies dürfe nur noch über den Briefkasten geschehen. Dies sei auch in Bezug auf das Klima bedauert worden. Sie bedankt sich für die Arbeit von Herrn Hillengaß und des Jobcenters.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, sie habe keine weiteren Wortmeldungen. Sie bedankt sich herzlich für den Vortrag und die Informationen.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 2, Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher Schulen, auf. Hierzu begrüßt sie Frau Beer vom Schul- und Sportamt. Sie schlägt vor, dass man direkt in die Frageunde einsteige. Die Zahlen und Informationen seien allen Anwesenden zuvor zugegangen.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Er fragt nach baulichen Themen. Im Bericht sei bei manchen Schulen darauf eingegangen worden, bei anderen nicht. Man wisse beispielsweise, dass bei der Oberwaldschule die Sporthallen thematik vakant sei. Er wolle wissen, ob sie zu den Schulen, bei denen nichts aufgeführt worden sei, etwas zu baulichen Themen berichten könne, was den Ortschaftsrat interessieren könnte.

Frau Beer (SuS) begrüßt die Anwesenden. Sie sagt, zu den angesprochenen Themen gebe es nicht viel Neues. Bei der Oberwaldschule sehe der ursprüngliche Zeitplan die Realisierung in 2028/2029 vor. Die derzeitige Haushaltslage sei hinreichend bekannt. Derzeit sei der Stand noch nicht verändert, ob sich dies aber nochmals ändere, müsse weiter abgewartet werden. Gerade aktuell hätten Dacharbeiten an der Oberwaldschule begonnen. Zur Bergwaldschule sagt sie, habe es eine Machbarkeitsstudie gegeben aber auch hier müsse man das Weitere abwarten.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt zur Schule am Turmberg. Diese sei über Jahre in einem schwierigen, baulichen Zustand. Er fragt, ob es passieren könne, dass die Schule am Turmberg geschlossen würde und die Schüler auf andere Schulen ausweichen müssten.

Frau Beer (SuS) antwortet, dass der Zustand der Turmbergschule bekannt sei. Die notwendigsten Dinge würden erledigt. Eine Absicht der Schließung der Schule sei nicht bekannt und hierüber gebe es derzeit auch keine Überlegungen. Die Schülerzahlen seien stabil. Sollte die Aussage irgendwo kursieren, handle es sich dabei um Gerüchte.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) dankt für die Ausführungen. Er fragt nach der Gewerbeschule in Durlach. Der Berufsschulstandort für Konditoren und Bäcker in Baden-Baden werde zur Mitte nächsten Jahres eingestellt. Er fragt, wie die Räumlichkeiten in Durlach aussähen, da die Schülerinnen und Schüler aus Baden-Baden dann voraussichtlich in Durlach beschult werden sollten.

Frau Beer (SuS) sagt, dies müsse sie mitnehmen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Frau Beer.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für Wohnun-
gen (Stellplatzsatzung); Satzungsbeschluss gemäß § 74 Abs. 2 und
6 Landesbauordnung (LBO), § 4 Gemeindeordnung (GemO)**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 3, Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für Wohnungen (Stellplatzsatzung); Satzungsbeschluss gemäß § 74 Abs. 2 und 6 Landesbauordnung (LBO), § 4 Gemeindeordnung (GemO), auf. Hierzu begrüße sie Herrn Wagner vom Stadtplanungsamt.

Herr Wagner (StPIA) begrüßt die Anwesenden. Er stellt eine Präsentation vor. Man sei nicht das erste Mal mit der Stellplatzsatzung in den Gremien. Man sei bereits 2024 mit der Vorlage im Ortschaftsrat gewesen. Im Dezember 2024 habe es einen Auslegungsbeschluss gegeben, in dessen Folge dann eine Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung stattgefunden habe. Nun gehe es um den Satzungsbeschluss, wofür die Ortschaftsräte angehört würden. Er gebe heute nur die Änderungen zum ursprünglichen Entwurf bekannt. Die Ziele seien, dass nicht benötigte Stellplätze auch nicht hergestellt werden müssten. Dies führe zu einer Kostenersparnis im Baubereich. Die Satzung gelte für das gesamte Stadtgebiet und gelte nur für den Wohnungsneubau auf Privatgrund. Bei den Kfz-Stellplätzen habe es eine Zoneneinteilung in drei Zonen gegeben. In der äußersten sei alles geblieben wie bisher. Es gebe Bereiche mit Absenkungen, wobei Durlach zum Teil auch in die Absenkung von 0,7 falle. Im Bereich von gefördertem Wohnungsbau und bei Alters- und Kleinstwohnungen gebe es eine Absenkung. Im Bereich der Fahrradstellplätze habe es keine Änderungen gegeben, dies gelte auch nur für Mehrfamilienhäuser. Zur Beteiligung der Öffentlichkeit sagt er, habe es nur 2 Bürger- und 3 Bürgervereinsrückmeldungen gegeben. Von Behörden und Trägern öffentlicher Belange habe es mehr Rückmeldungen, aber nur 5 inhaltliche Anregungen gegeben. Im Wesentlichen hätte sich der Stellplatzschlüssel in Zone 1 und 2 um 0,1 erhöht. Dies liege an neuen statistischen Daten, welche nun vorlägen. Weiter sei der Abschlag bei Kleinst-Wohneinheiten von 50 % auf 25 % abgesenkt worden, was an einer Zunahme von PKWs in Einpersonenhaushalten liege. Weiter gebe es kleinere, sonstige Änderungen, welche der Präsentation entnommen werden könnten. Er führt aus, dass die Stellplatzsatzung nicht für bestehende, örtliche Bauvorschriften gelte, wenn dort auch nur teilweise abweichende Regelungen enthalten seien. Weiter wurde die Erreichbarkeit von Fahrradabstellplätzen nicht mehr als „barrierefrei“ sondern nur noch als „leicht zugänglich“ beschrieben.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, man beschäftige sich nicht zum ersten mal mit der Stellplatzsatzung. In Durlach habe man vorwiegend Zone 2 und 3. Bereits im vergangenen Jahr habe man darüber gesprochen, die Baukosten zu verringern, weshalb er denke, dass die Stellplatzsatzung hier in der Tendenz den richtigen Weg ginge. Man müsse darüber hinaus aber auch auf andere Faktoren schauen, wie beispielsweise den Bürokratieabbau und auf die Leichtigkeit der Planungen für Projektplaner. Man schaffe mit einem beschleunigten Verfahren auch, dass man Bauen günstiger mache und damit auch für günstigeres Wohnen Sorge. Zu den Fahrradstellplätzen sagt er, schaffe man Voraussetzungen für ein

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für Wohnun-
gen (Stellplatzsatzung); Satzungsbeschluss gemäß § 74 Abs. 2 und
6 Landesbauordnung (LBO), § 4 Gemeindeordnung (GemO)**

Blatt 2

vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren, was durch Bund- und Land angestoßen werde. Karlsruhe gehe aber wieder einen Sonderweg. Karlsruhe würde über die Forderungen der Landesbauordnung hinausgehend mit der Satzung wieder einen oben drauf setzen. Auf der einen Seite fordere man ein vereinfachtes Verfahren und ein günstigeres, einfacheres Bauen und auf der anderen Seite gehe Karlsruhe wieder einen Sonderweg im Hinblick dessen, was man über die gesetzlichen Standards hinausgehend oben drauf packe. Man würde sich für die Fahrradabstellanlagen ein Bürokratiemonster erschaffen, was sowohl personell als auch monetär zu Mehraufwand führe. Man müsse runter von den Standards hin zur Vereinfachung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Standards. Hierzu habe man ein Werkzeug, was Baugesetzbuch und Landesbauordnung heiße. Es sei daher schädlich und hinderlich, wenn man wieder einen Karlsruher Sonderweg gehe. Er denke daher, dass man hierdurch einen Schritt zurück und nicht nach vorne gehe.

OR Maier (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Informationen und den Vortrag. Man begrüße die Vorlage und finde die Satzung angemessen. Er habe nur eine Sache, bei der er Herrn Müller widersprechen müsse. In Bezug zu Fahrradabstellanlagen sagt er, sei es deutlich günstiger, als Kfz-Abstellflächen. Es bringe keinen Bauherren um, ein paar Fahrradstellflächen zu schaffen. Karlsruhe sei weiterhin Fahrradstadt und es sei kein übermäßiger Aufwand. Er habe interessant gefunden, dass es ein paralleles Konzept zur Parkraumbewirtschaftung geben solle. Hier wolle er fragen, wie der Stand sei und wann man damit rechnen könne. Weiter fragt er, wie die Zoneneinteilung zustande gekommen sei.

Herr Wagner (StPIA) antwortet zu den Fahrradabstellanlagen, dass es Ziel gewesen sei, sowohl für Autos als auch Fahrräder, eine Anpassung an die tatsächlichen Umstände zu finden. Man habe nur in den Bereichen abgesenkt, in denen man auch statistisch nachweisen könne, dass dort weniger Autos genutzt würden. Andererseits habe man das Problem, dass man mehr Fahrräder habe. Auch die Landesbauordnung hätte bereits die Möglichkeit eröffnet, mehr Fahrradabstellanlagen zu fordern. In Karlsruhe habe man über 30 Prozent Fahrradanteil im Verkehr und führe damit im bundesweiten Vergleich. Die vielen Fahrräder, die im öffentlichen Raum stünden, seien das Ergebnis davon, dass man keine ausreichenden Fahrradabstellanlagen im privaten Raum habe. Dem wolle man etwas entgegen steuern. Zum Parkraummanagement sagt er, habe es dieses Jahr einen Dialog gegeben. Hierbei habe es sich um eine moderierte Veranstaltung mit mehreren Runden und Workshops gehandelt. Es werde derzeit versucht, überall die enthaltenen Vorschläge aufzuarbeiten und um sagen zu können, was diese kosten. Dies ginge dann wieder zurück in den Gemeinderat. Weiter brauche man eine fundierte Parkraumanalyse. Man habe zwar ein recht gutes Gefühl dafür, wo viele und wo nicht ganz so viele Fahrzeuge stünden. Man habe aber keine tatsächlich analysierte Angabe, wo genau welcher Parkdruck sei.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für Wohnun-
gen (Stellplatzsatzung); Satzungsbeschluss gemäß § 74 Abs. 2 und
6 Landesbauordnung (LBO), § 4 Gemeindeordnung (GemO)**

Blatt 3

Man stelle sich nun so auf, dass man die erhobenen Daten auch für andere Dinge verwenden könne, beispielsweise Scan-Cars. Er gehe davon aus, dass im Laufe des nächsten Jahres sicherlich eine Information im Gemeinderat erfolgen können dürfte. Zur Zonenabgrenzung sagt er, dass dies das Ergebnis einer langen Diskussion sei. Diese Abgrenzung habe sich nun aus vorhandenen Daten ergeben. Man habe die Abgrenzung dann allerdings etwas pauschalisieren müssen, da diese sonst nicht handhabbar gewesen wäre.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die ausführliche Darstellung und Timeline, welche sich dahinter verberge. Die Vorlage sei allerdings auch ein Beispiel dafür, wie sich Bürokratie selbst am Laufen halte. Wenn man sehe, dass es zwei Bürgerrückmeldungen aber etliche Behördenrückmeldungen gebe. Er habe die Satzung schon länger in verschiedenen Gremien mitverfolgen dürfen. Er sagt, das Problem sei, dass man in manchen Stadtteilen zu wenige Stellplätze für die Mobilitätsbedürfnisse habe. Dies betreffe sowohl die Kfz-, wie auch die Fahrradabstellanlagen. Nun wolle man die Stellplatzsatzung beschließen. Das Problem dabei sei aber auch, dass man ein Problem habe, die Satzung aber nur für Neubauprojekte gelte. Man regle damit nicht die Probleme, die man beispielsweise am Durlacher Stadteingang habe. Es löse keine Probleme im Bestand. Für den Neubau sei es seiner Ansicht nach schädlich, da die Kosten einfach stiegen. Zur Absenkung der Kfz-Stellplätze sagt er, könne man noch zustimmen, da man einen ordentlichen ÖPNV habe. Er könne auch nicht nachvollziehen, warum in Durlach nun mehr Stellplätze nötig seien, als es noch letztes Jahr der Fall gewesen sei. Man könne auch einfach sagen, man stampfe die Satzung wieder ein und lasse es, wie gehabt. Die Leute könnten auf ihre Stellplätze ja stellen, was sie wollten. Am Anfang sei die Satzung noch relativ pragmatisch gewesen aber dann sei immer mehr hinzugekommen. Dabei handle es sich stets um Forderungen, die über die Landesbauordnung hinaus gingen. Natürlich müsse man auch für Fahrradfahrer etwas tun, aber er fragt, ob man in Karlsruhe keine anderen Probleme hätte, wenn man über Wohnraum nachdenke. Solche Regelungen würden Investoren eher abschrecken und keine Probleme im Bestand lösen. Wichtiger wäre die Reduzierung der Bürokratie. Man habe die Satzung bereits in der letzten Runde im Ortschaftsrat abgelehnt und werde diese auch heute wieder ablehnen.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen. Was ihn schon beim letzten Mal stark gestört habe, seien die 30m²-Flächenregelung für einen Fahrradabstellplatz. Man gehe dahin, dass die Quadratmeter pro Person weit nach oben gingen. Wenn man nun praktisch überlege bei einem Haus mit 6 Wohneinheiten, jeweils mit 80-90m², wie viele Stellplätze man dort für Fahrräder brauche, welche auch nicht im Keller sein sollten, bräuchte man einen Raum von 20-24m², was in die Kalkulation des Baus mit eingerechnet werden müsste. Es verteuere daher die Baukosten und sei ungerecht.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für Wohnun-
gen (Stellplatzsatzung); Satzungsbeschluss gemäß § 74 Abs. 2 und
6 Landesbauordnung (LBO), § 4 Gemeindeordnung (GemO)**

Blatt 4

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt, man solle sich Gedanken machen, in wie weit die Satzung Durlach überhaupt betreffe. Die ausgetauschten Argumente würden sich sicher auf die Gesamtstadt beziehen. Im Prinzip diskutiere man aber über eine nur sehr geringe Fläche in der Altstadt, die aber noch dazu vom ÖPNV gut versorgt sei. Weiter gebe es vorrangige Bebauungspläne und die Möglichkeit, bei jeder Baugenehmigung auch Befreiungen zu erteilen. Die Satzung spiele daher für Durlach in nur einem sehr kleinen Bereich eine untergeordnete Rolle. Er habe den Statements entnehmen können, dass sich die Kollegen für die Gesamtstadt viele Gedanken machten, aber man habe hier zunächst die Interessen Durlachs zu vertreten. Aus Durlacher Sicht sei die Satzung, jedenfalls für die SPD-Fraktion, völlig unbedenklich.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Er schließe sich den Vorrednern bezüglich der Bürokratie an. Die Satzung multipliziere dies. Er wolle den Vorrednern allerdings in einem Punkt widersprechen. Man sollte die Bauherren finanziell nicht um jeden Preis entlasten. Es hätten sich im Laufe der letzten Jahrzehnte gewisse Grundbedürfnisse entwickelt oder verändert. Zum Wohnen gehöre auch das Bedürfnis, das Mobilitätsgerät irgendwo abzustellen. Die Bauherren müssten daher schon verpflichtet werden, Flächen hierfür vorzuhalten. Was der Bauherr allerdings genau plane, könne dem Staat egal sein.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorstellung der Änderungen. Er habe nichts Weiteres zur ergänzen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie fasst zusammen, dass der hauptsächliche Kritikpunkt die Einführung von Vorschriften für die Fahrradabstellplätze über die LBO hinaus sei. Der andere Punkt würde auch zu einer Verbesserung führen, auch für die Bereiche der Altstadt. Es sei ein gewisses Dilemma, da man wohl dem einen Teil gerne zustimmen, den anderen aber ablehnen wollen würde. Dies führe nun dazu, dass man die Satzung in Gänze ablehnen müsste. Sie ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf:

Beschluss:

10x Ja

12x Nein

0x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Wagner.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 4, VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die VBK, auf. Sie begrüßt hierzu Herrn Prof. Dr. Pischon und Herrn Dr. Heise von den Verkehrsbetrieben. Im Ausschuss sei das Konzept bereits vorgestellt worden, man wolle dies aber für die Transparenz auch nochmal in der Öffentlichkeit vorstellen lassen.

Herr Prof. Dr. Pischon (VBK) begrüßt die Anwesenden. Man habe das Einsparkonzept mitgebracht. Er geht kurz auf die Historie ein, dass sie seitens des Gesellschafters den Auftrag bekommen hatten, Einsparungen vorzunehmen. In den vergangenen Jahren habe man bereits über Prozessoptimierungen und Vergleichbarem einiges einsparen können. Wenn man nun weitere Einsparungen erbringen müsste, könne dies nur noch über eine Anpassung des Angebots erfolgen. Man habe ein 3-Stufiges-Konzept erstellt, was jeweils eine Reduktion von 10 % der Angebotsleistung führen würde und jeweils zu 5 Millionen Euro Einsparungen führe. Man habe relativ viele fixe Kosten wie Abschreibungen, Zinsen und Personalkosten. Der variable Anteil, den man einsparen könne, sei daher eher gering. Die Stadt habe sich gewünscht, dass man das Konzept nochmals von Gutachtern prüfen lasse. Hierzu habe man 3 Gutachter eingebunden, welche das Konzept größtenteils bestätigten. Der Aufsichtsrat habe sich in allen Fraktionen dafür ausgesprochen, dass es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen solle. Wenn man die Einsparungen über das Personal erbringe, müsse dies über Nicht-Nachbesetzungen geschehen. Man habe sich ebenfalls dafür entschieden, dass man zunächst nur mit Stufe 1 in die Entscheidung ginge. Die Geschäftsführung unterstütze dies, denn man wolle auch weiterhin ein möglichst gutes Angebot aufrechterhalten. Die Entscheidung erfolge am 22. Dezember durch den Gemeinderat. Der Aufsichtsrat habe das Konzept zunächst mit einer Mehrheit abgelehnt, da der Aufsichtsrat natürlich möchte, dass man weiterhin das volle Angebot fahre.

Herr Dr. Heise (VBK) begrüßt die Anwesenden und geht auf das Konzept ein. Die Einsparungen wurden so erarbeitet, dass diese möglichst effizient und für den Kunden wenig auffällig seien. Er liest die einzelnen Einsparpunkte der Präsentation vor.

Herr Prof. Dr. Pischon (VBK) geht auf die Einsparungen ein. Man habe versucht, diese über die Stadt möglichst gleichmäßig zu verteilen um nicht einen Stadtteil merklich schlechter zu stellen. Im Bereich der Tram käme man auf eine Einsparung von 4,3 Millionen Euro. Im Bereich der Busse auf 1,65 Millionen Euro. Den Einsparungen stehen Erlösausfälle in Höhe von rund 950.000 Euro entgegen, welche durch einen Fahrgastrückgang zustande kommen werden. Somit erreiche man eine Netto-Einsparung von rund 5 Millionen Euro, was sich auf 37,5 Vollzeitäquivalenten belaufe. Diese würden aber nicht über betriebsbedingte Kündigungen eingespart, sondern offene Stellen würden dann nicht besetzt werden. Man stelle rund 100 Personen jährlich ein. Sollte dies entschieden werden, stelle man dann voraussichtlich nur noch 65-70 Personen jährlich ein.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 2

Wenn man diese Einsparungen vornehme, dauere es zum wieder hochfahren des Angebots bis zu zwei Jahre, da die eingesparten Stellen erst neu besetzt und ausgebildet werden müssten. Wichtig sei auch zu erwähnen, dass die Einsparungen zunächst nur temporär entschieden würden. Man habe einen Dienstleistungsauftrag mit der Stadt bis 2044. In diesem sei ein gewisses Volumen festgeschrieben. Würde man über 10 % reduzieren, beispielsweise bei Stufe 2 oder 3, wäre der Dienstleistungsauftrag neu zu diskutieren. Weiter müsse man einen gewissen Rahmen und zeitliche Befristung haben, da der Nutzen-Kosten-Index anhand der bisherigen Fahrten berechnet sei. In der jetzigen Stufe stelle dies noch keine Gefahr dar, aber in Stufe 2 und 3 könnte diesen Faktor deutlich reduzieren. Man wolle auch die Fördergelder für den Tunnel noch voll ausschöpfen, dies sei aber bei Stufe 1 noch nicht problematisch.

OR Maier (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, als Fraktion lehne man den Kürzungsvorschlag ab. Man erkenne an, dass die Stadt sparen müsse, finde den Vorschlag allerdings unangemessen und zu groß. Man bekomme deutlich höhere Takte und die Merkbarkeit ginge verloren. Im Abendverkehr hätte man Kürzungen, die insbesondere Jugendliche auch am Wochenende betreffen. Weiter habe man Kürzungen in der Peripherie, was insbesondere die Leute treffe, die ohnehin schlecht angebunden seien. Es handle sich bei allem um sehr schmerzhaftes Kürzungen. Im Ergebnis kürze man 10 % der Leistung und spare etwa 4,3 % der Kosten ein. Es sei daher eine große Einschränkung für verhältnismäßig geringe Einsparungen. Er sagt, seit Corona hätten sich die Fahrgastzahlen in Karlsruhe nicht so gut erholt wie in anderen Städten. Es sei daher auch gefährlich, das Risiko aufzunehmen, bis zu 2 Jahre zu brauchen um den bisherigen Stand wieder zu erreichen und damit zu riskieren, dass Kunden dauerhaft wegbrächen. Man müsse sehr vorsichtig sein, was man den Kunden zumute. Der Nutzen-Kosten-Index sei auch nicht so üppig, als dass man sich große Sprünge nach unten leisten könne. Als Verkehrsbetriebe habe man aber auch das große Problem mit der U-Strab. Diese binde über Jahre viele fixen Kosten.

OR Miersch (CDU-OR-Fraktion) dankt für den Vortrag. Die Maßnahmen seien schmerzhaft für Durlach, da viel wegfalle. In der Vorlage stünde „vorübergehend“. Hier wollte man natürlich gerne wissen, was vorübergehend heiße. Zur Buslinie 22 habe er eine Frage. Diese fahre auf den Turmberg und entfalle dann samstags komplett. Hier wolle man wissen, ob die Fahrgastzahlen zu schlecht gewesen seien, denn dies wäre gerade für Ausflügler sehr schade.

Herr Dr. Heise (VBK) antwortet, dass die Linie 22 zwischen Grötzingen und der Haltestelle Durlach-Turmberg verkehre. Diese fahre derzeit Montag bis Samstag. Aufgrund der schwachen Fahrgastzahlen wolle man diese eben samstags einstellen. Sonntags sei diese noch nie gefahren. Der Turmberg als solcher werde momentan durch keinen ÖPNV angebunden.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 3

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich bei den beiden Herren der VBK. Es sei eine schwere Aufgabe und sie seien sicher daran interessiert, den ÖPNV weiterzuentwickeln und diesen nicht sukzessive zu reduzieren. Er sagt, mit diesen Einsparungen würde man Eigentore schießen. Spreche man auf der einen Seite von einer Verkehrswende und mache andererseits den ÖPNV unattraktiver, konterkariere man dies. Man könne daher der Vorlage auch nicht zustimmen. Auch das Deutschlandticket falle der VBK sicherlich finanziell zur Last. Wenn man das Karlsruher Modell als bundesweites Vorzeigemodell stetig unattraktiver mache, sehe er auch künftige Unternehmungen in Sachen Klimaschutz, Verkehrswende und anderen schwierig. Er wisse aber auch, dass die VBK das Konzept nicht aus Herzblut gestaltet hätten, aber man könne mit diesem dennoch nicht mitgehen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) dankt den Anwesenden. Auch ihm falle die Entscheidung schwer. Einerseits wolle man als Ortschaftsrat einen möglichst guten ÖPNV im Stadtteil erhalten, andererseits sehe man die finanziellen Herausforderungen. Man habe rund 100 Millionen Euro Defizit und das Deutschlandticket reise ein großes Loch ohne Gegenfinanzierung. Weiter habe man hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse. Wenn man einsparen müsse, ginge man natürlich an die Busse. Was einem aber klar sein müsse, sei, dass dies genau die Anbindung der Industriegebiete seien. Hier handle es sich um Schichtarbeiter, welche teilweise kein eigenes Auto hätten und die auf den ÖPNV angewiesen seien. Es fahre auch heute schon keiner freiwillig von Durlach nach Hagsfeld mit dem Bus. Hier mache man eine große Rundfahrt durch das Industriegebiet und sei deutlich länger unterwegs als mit dem Auto. Die Leute, die damit fahren, hätten eben kein Auto und seien daher darauf angewiesen. Der Rest sei seines Erachtens für Durlach zumindest noch vertretbar, solange man nicht an die Straßenbahnlinien rangehe. Er frage, ob man wirklich genug Fahrzeuge für die Zugverbände habe, wenn man die Taktung ausdünnne und dafür eher Zugverbände einsetzen wolle. Bei Nachfragen für Verstärker habe es immer geheißen, man hätte nicht genügend verstärkerwagen um die Zugverbände zu fahren. Es müsse sichergestellt sein, dass wenn der Zug nur alle 30 Minuten fahre, dass dieser dann aber auch als Zugverband fahre. Weiter frage er, wie viele Kurse konkret eingespart werden würden.

Herr Dr. Heise (VBK) sagt zu den Zugverbänden, dass man samstags dann nur noch die Hälfte der Fahrzeuge im Einsatz hätte. Damit könne man natürlich dann entsprechend Zugverbände anbieten. Zu den Kursen sagt er, dass man samstags mit etwa 60 Kursen fahre. An Wochentagen seien es etwa 75 Kurse. An Samstagen könne man also von etwa 30-32 Kursen ausgehen, die dann noch fahren würden.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) sagt, er könne sich noch erinnern, als er noch Student war und die Verkehrsbetriebe hier ausgebaut worden seien. Man sei damals Benchmark in der Welt gewesen. Alle seien hergekommen und sich das System angeschaut.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 4

Nun werde das System sukzessive zerschlagen. Ihn interessiere, wie viel Personalreserve man pro Tag plane. Man habe jetzt schon rund 10 % Ausfälle. Wenn man in einen 30-Minuten-Takt komme, bedeute dies bei einem Bahnausfall, dass man bis zu einer Stunde warten müsse. Dies sei nicht vertretbar. Bei den Verkehrsbetrieben passe vieles nicht mehr zusammen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass das Konzept was hier vorgestellt werde, nicht die Idee der Verkehrsbetriebe sei. Wenn Herr Prof. Dr. Pischon seine Ideen vorstellen würde, würden diese Folien sicherlich anders aussehen und man wäre weiterhin Benchmark für die ganze Welt. Aber was die Herren heute vorstellten, sei ein Auftrag, welche sie von dem Gesellschafter, der Stadt Karlsruhe, bekommen hätten. Im Gremium sitzen auch genügend Stadträte und man könne nicht Aufträge als Gesellschafter an die Geschäftsführung richten, dass diese einen gewissen Betrag einsparen müssten und wenn dann ein Konzept vorliege, welches man zumindest tragen könnte, weil es am wenigsten weh tue, vollumfänglich ablehnen. Für die Geschäftsführung wäre es sicherlich gut, wenn sowohl Ortschafts- als auch Gemeinderat dies ablehnten und man die Einsparungen nicht machen müsste. Aber so wie alle Fachämter und Amtsleitungen, auch sie selbst, müssten auch die Verkehrsbetriebe Vorschläge für Einsparungen unterbreiten, welche nach deren Ansicht am wenigsten schlechte Auswirkungen entfalten würden. Vor diesem Hintergrund sollte man die Vorlage sehen und die Diskussion betrachten.

OR Labenz (DIE LINKE) bedankt sich für den Vortrag und schließe sich den Vorrednern Maier und Tröndle an. Sie werde die Einsparmaßnahmen ebenfalls ablehnen. Der ÖPNV sei eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe, welche hierdurch eingeschränkt würde. Sie verstehe die Notwendigkeit der Einsparungen, aber die Einsparungen führten zu Lebensqualitätseinbußen der Einwohnerinnen und Einwohner.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) sagt, die Vorlage sei ein typisches Beispiel für die Situation der letzten Jahre. Die kommunale Ebene müsste das durchleiden, was an höherer Stelle versäumt werde. Die Kommunen und Länder müssten eigentlich mit einer Stimme nach oben sprechen und hier mehr Unterstützung von Bund fordern. Sie seien nicht für Einsparungen beim ÖPNV, denn dieser müsste eher gestärkt und mit neuen technischen Möglichkeiten ausgestattet werden.

OR Difflipp-Eppele (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen. Sie sagt, man müsse sparen. Sie fragt aber, ob dies nicht etwas kurzfristig gedacht sei. Sie greift Linie 47 auf. Hier kämen bereits heute manche Schülerinnen und Schüler nicht mehr in den Bus. Wenn dies weiter verschärft werde, habe man noch mehr Elterntaxis und Probleme. Sie fragt, ob andere Konzepte diskutiert und durchdacht worden sind. Beispielsweise auch, ob ein On-Demand-Angebot im Gespräch sei.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 5

Herr Prof. Dr. Pischon (VBK) dankt Frau Ries für die Klarstellung. Er ergänzt zu Herrn Maier, dass man bei den Nutzerzahlen wieder bei über 100 % der Zahlen von 2019 sei. Man müsse zugeben, dass man hierfür 2-3 Jahre gebraucht habe. Im Jahr 2019 habe man aber auch noch Annahmen getroffen, wie viele Nutzer ein Abonnement auch tatsächlich nutzten. Inzwischen zähle man mit Fahrgastzählsystemen, wodurch man nun die realen Werte hätte. Zu den Ausfällen sagt er, habe man bei der AVG zu wenige Fahrer. Hier habe man derzeit ordentliche Ausfälle, in der Woche um die 100 Stück, wobei auch mehrere tausende Fahrten am Tag geleistet würden. Dennoch sei dies sichtbar. In der VBK habe man lediglich 0,1 % personalbedingte Ausfälle gehabt. Hier handle es sich nur um spontane Krankheiten, Unfälle auf der Strecke oder vergleichbares. Zum Beitrag von Frau Dieflipp-Eppele sagt er, dass man auch andere Konzepte verfolge und geprüft habe. Der On-Demand-Verkehr sei allerdings kein Ersatzkonzept für den Massenverkehr. Die On-Demand-Verkehre, die der Landkreis bestelle, sei um einige Millionen Euro teuer. Man habe dies auch für die verschiedenen Stadtteile berechnet und es sei finanziell hierfür kein Ersatz, sofern man noch nicht autonom fahre. Zur Frage von Herrn Miersch mit dem Begriff „vorübergehend“ sei tatsächlich die Frage, wie lange das zutreffe. Derzeit sei es für den kommenden Doppelhaushalt vorgesehen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich. Er führt aus, die aktuellen Einsparungen seien ein nicht selbstgewähltes Schicksal. Er verweist darauf, dass die VBK ein Defizit in Höhe von rund 115 Millionen Euro aufweise und damit eine erhebliche Haushaltslast darstelle. Er sagt, die Einsparungen beträfen nicht nur die VBK sondern sämtliche städtische Gesellschaften und weitere Bereiche wie den Sport, die Kultur oder die Sanierung kommunaler Gebäude. Die Situation sei unausweichlich, auch wenn man die Entscheidung am liebsten nicht treffen würde. Man könne sich im Ortschaftsrat enthalten und die Entscheidung dem Gemeinderat überlassen, dies halte er aber nicht für den richtigen Weg. Der Ortschaftsrat müsse auch Verantwortung übernehmen, auch für unangenehme Dinge. Der Ortschaftsrat sei auch Teil des gesamtstädtischen Gefüges und könne sich davon nicht abkapseln.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, Herr Maier habe bereits ausgeführt, was der Fraktion wichtig sei und was sie dazu bewege, dagegen zu stimmen. Er fragt nach dem Entscheidungsprozess und dem Stimmungsbild im Aufsichtsrat.

Herr Prof. Dr. Pischon (VBK) sagt, es sei eine zweiteilige Fragestellung gewesen. Hier sei die Frage gewesen, ob das Konzept grundsätzlich nachvollziehbar und wirtschaftlich erforderlich sei. Die zweite Frage sei gewesen, ob man der Umsetzung zustimme. Die erste Frage sei knapp abgelehnt worden, dass das Konzept nicht wirtschaftlich zu diskutieren sei. Man müsse aber sehen, dass im Aufsichtsrat auch Arbeitnehmervertreter sitzen. Bei der zweiten Frage habe sich der Aufsichtsrat dagegen entschieden, da dieser sich als

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: VBK-Einsparkonzept: vorübergehende Anpassung des öffentlichen
Dienstleistungsauftrags an die VBK**

Blatt 6

verantwortlich für die Weiterentwicklung und Ausbau des ÖPNVs sehe. Daher könnte der Aufsichtsrat dem nicht zustimmen. Es sei aber eine knappe Entscheidung gewesen. Zum Defizit ergänzt er, dass die AVG einen Verkehrsvertrag mit dem Land und Landkreis habe. Diese mache rund 4 Millionen Euro Gewinn. Dies liege daran, dass die AVG monatlich Rechnungen stelle und diese bezahlt bekomme, welche auch mit einer Rendite berechnet würden. In Berlin beispielsweise gebe es einen Verkehrsvertrag mit dem Land über 450 Millionen Euro und könne damit eine schwarze Null fahren, in Hamburg sei dies ähnlich. Bei der VBK sei es so, dass rund 7 Millionen Kilometer Tram- und rund 4 Millionen Kilometer Bus-Leistungen beauftragt seien. Würde man dies nun ähnlich der AVG berechnen, käme man ungefähr auf die Summe des Defizits. Der Tunnel werde zusätzlich über die VBK abgerechnet und schlage daher mit den rund 35 Millionen Euro jährlich zusätzlich zu Buche. Bei der VBK würden die Leistungen durch die KVVH, letztlich der Stadt, entsprechend dann ausgeglichen werden. Man müsse dennoch auf Landes- und Bundesebene noch weitere Lösungen für die Finanzmittel finden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für die Ausführungen. Sie habe keine weiteren Wortmeldungen mehr und kommt daher zur Abstimmung:

Beschluss:

6x Ja

12x Nein

4x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 5, Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts, sowie einen hierzu eingegangenen Änderungsantrag der FDP-OR-Fraktion auf. Sie begrüßt hierzu Frau Bronner vom Stadtplanungsamt sowie Frau Martin vom Ordnungsamt.

Frau Bronner (StPIA) begrüßt die Anwesenden. Sie zeigt eine Präsentation mit dem Bestandskonzept, dem Fortschreibungsbeschluss und der aktualisierten Fassung. Der Ortschaftsrat habe im Rahmen einer Klausurtagung 2020 die Ziele für ein zukünftiges Verkehrskonzept definiert und die Verwaltung damit beauftragt, die hierfür notwendigen Erhebungen durchzuführen und ein Konzept zu erstellen. Ziele damals seien die Erweiterung und Stärkung der Fußgängerzone, Verlagerung der Kfz-Verkehre weg von der Schlossschule, die Vermeidung von Schleichverkehr durch die Fußgängerzone und die Beibehaltung verkehrsberuhigter Bereiche im Ring gewesen. Die Maßstabsebene eines Verkehrskonzepts sei die Netzebene, also hier die Altstadt Durlach als Ganzes. Verändere man im Breiteren dann einzelne Maßnahmen auf mittlerer Ebene oder Detailebene, welche im Rahmen eines solchen Konzeptes erarbeitet würden, müsse man auch immer die Auswirkung auf das Konzept überprüfen. Aufbauend auf den genannten Zielen und Vorgaben habe man dann den Beschluss zur Fortschreibung des Verkehrskonzepts im Dezember 2023 getroffen. Hierin habe man die Fußgängerzone bereits im Osten und Westen erweitert und es gebe diverse Regelungen für den Verkehr in den Querstraßen. Im Dezember 2024 sei ein Änderungsantrag aus dem Ortschaftsrat beschlossen worden. Dieser sah die Beibehaltung der Prinzessenstraße wie im Bestand, die Beibehaltung der Pfinztalstraße zwischen Seboldstraße und Bienleinstorstraße mit der bisherigen Ein- und Ausfahrtssituation sowie die Öffnung der Pfinztalstraße für den Kraftverkehr von der Karlsburgstraße in Richtung Osten vor. Die Verwaltung habe dies geprüft. Die Begründung für die Teileinziehung für die Erweiterung der Fußgängerzone im Osten ergebe sich aus den Zusammenhängen der Ziele, Erhebungen und verkehrsplanerischen Rückschlüssen der Umgebung. Diese Begründung sei nach Beschluss des Änderungsantrags so nicht mehr gegeben gewesen. Man habe versucht Kompromisse zu erarbeiten, welche sie im Weiteren vorstelle. Zu Punkt 1, der Beibehaltung der Prinzessenstraße, sagt sie, dass man dies machen könnte, sowohl als Fahrradstraße mit „Kfz frei“ oder als normale Straße. Dies müsste man allerdings nach einem Jahr überprüfen, da es Auswirkungen auf den verkehrsberuhigten Bereich zwischen der Karlsburg und dem Hengstplatz habe. Hier müsste man dann prüfen, ob es dort einen Mehrverkehr gebe oder nicht. Zu Punkt 2, der Beibehaltung der Situation zwischen Seboldstraße und Bienleinstorstraße, führt sie aus, dass die Begründung für die Fußgängerzone gewesen sei, die Verkehrsmengen im verkehrsberuhigten Bereich im Altstadtring zu verringern. Man habe damals verschiedene Maßnahmen geprüft und festgestellt, dass diese nicht ausreichen würden. Nun sei die Frage gewesen, ob man das Ziel der Verringerung der Verkehrsmengen im Altstadtring auf einem

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 2

anderen Wege erreichen könne. Das Ziel der Verringerung der Verkehrsmengen sei zugleich auch ein Teil der Begründung der Fußgängerzone im Osten. Die Prüfung habe hier ergeben, dass man dies auch dadurch erreichen könne, dass man die Einfahrt von Westen kommend verwehre, die Ausfahrtssituation aus dem Altstadtring heraus aber beibehält. Dies könnte so abgeändert werden und würde den anderen Maßnahmen nicht im Wege stehe. Zu Punkt 3, der Öffnung der Pfinztalstraße in Richtung Hengstplatz, erklärt sie, dass die Fläche dort für eine Freigabe von beidseitigen Standardbegegnungen nicht ausreiche. Der Änderungsantrag sei daher bereits platztechnisch und verkehrsplanerisch nicht umsetzbar. Eine Abweichung vom Konzept sei daher aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Damit komme man zum jetzigen Verwaltungsvorschlag. Zum einen könne man den Änderungsbeschluss in der Prinzessenstraße beibehalten. Der Änderungsbeschluss zur Fußgängerzone im Osten könnte umgeändert werden zu einem verkehrsberuhigten Bereich mit Einfahrtsverbot in Richtung der Innenstadt. Der letzte Punkt des Änderungsbeschlusses, der Öffnung der Pfinztalstraße in Richtung Hengstplatz, könne nicht beibehalten werden und müsste zurückgenommen werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Frau Bronner. Sie habe gut zum Ausdruck gebracht, was seitens der Verwaltung vorgeschlagen werde. Es handle sich dabei um einen Kompromiss, welcher auch gangbar und umsetzbar sei. Hier seien das Ordnungsamt, Tiefbauamt und Stadtplanungsamt beteiligt gewesen und jede Dienststelle könne mit dem Entwurf mitgehen. Alles andere würde bedeuten, dass das Verkehrskonzept Durlach ruhe und, wenn überhaupt, dann wieder von null angehend neu zu erarbeiten sei. In der Vorlage stecke viel Arbeit und man habe viel diskutiert und besprochen. Nun müsse seitens des Gremiums eine Entscheidung getroffen werden. Sie bedankt sich bei Frau Bronner und Frau Martin für die Erarbeitung des Entwurfs.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) dankt der Verwaltung für die Arbeit, die in das Konzept geflossen sei. Es seien auch bereits mehrere Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung an dem Konzept bereits beteiligt gewesen. Seit 2020 sei das Konzept entwickelt worden, was in der letzten Legislatur gewesen sei. Es sei eine Zusammenfassung von zahlreichen Anträgen gewesen. Man habe stets gesagt, es müsste alles in ein Gesamtkonzept einfließen. Was man vor zwei Jahren im Dezember präsentiert bekommen habe, sei ein Verkehrskonzept gewesen, was ausschließlich die Wünsche der Grünen-Fraktion dargestellt habe. Man glaube nicht, dass das Verkehrskonzept, wie es nun vorliege, heute zustimmungsfähig sei. Es gebe wesentliche Kritikpunkte. Die Interessen des Durlacher Einzelhandels seien hier ignoriert worden. Es habe mehrere Beteiligungsrunden gegeben, auch in der Karlsburg. Hier sei deutliche Kritik der Einzelhändler geäußert worden. In einer zweiten Beteiligungsrunde sei das Stimmungsbild ausgeglichen gewesen. Der Einzelhandel habe daraufhin eine Befragung der Kunden durchgeführt, wie diese beispielsweise anreisen, was sie am Durlacher Einzelhandel gut fänden und ob sie begrüßen würden,

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 3

wenn der Durlacher Einzelhandel künftig nur als Fußgängerzone erreichbar wäre. Bei dieser Befragung seien rund 1.400 Stimmen gegen das Verkehrskonzept von den Besucherinnen und Besuchern des Einzelhandels in Durlach gesammelt worden. Frau Ortsvorsteherin Ries habe diese dann entgegengenommen. Als weiterer Punkt spricht er die Parkplatzsituation an. Hier sollten diese zumindest mitgedacht werden. Es sei eine uralte Forderung, dass an der Peripherie der Altstadt Parkplätze geschaffen werden sollten, unabhängig ob es bei der Festhalle, dem BMD-Areal oder an anderer Stelle sei. Er finde es in der Stellungnahme der Verwaltung interessant, welche man zwei Stunden vor der Sitzung erhalten habe, drinstehe, dass das Parkhaus kein Bestandteil des Verkehrskonzeptes sei. Man habe immer wieder hierauf hingewiesen. Es scheint, als würde das Parkhaus einfach nicht gewünscht und ignoriert werden. Man habe auch einen Antrag für ein solches Parkhaus gestellt. Zum Sanierungsgebiet Stadteingang Durlach wurde auch im vergangenen Jahr mitgeteilt, dass das Parkhaus hier kein Bestandteil sei. Wenn man in der Altstadt künftig noch Kunden haben wolle, müsse man den Automobilverkehr entsprechend mitdenken. Dies sei Voraussetzung für jede weitere Planung am Verkehrskonzept. Er spricht die Seitenstraßen an. Nehme man die Ochsentorstraße müsse entweder rückwärts herausgefahren oder gewendet werden. Dies sei nicht nur umständlich, sondern dafür würden auch wieder Parkplätze entfallen. Als weiteren Punkt nennt er mobilitätseingeschränkte Besucher. In Durlach habe man zumindest noch eine funktionierende Infrastruktur für Gesundheitsberufe. Man habe Arztpraxen, Apotheken und Physiotherapeuten. Diese Zahl nehme aber ab, wohingegen in anderen Stadtteilen gleich mehrere Ärzte hinziehen würden. In Grötzingen beispielsweise plane man ein Gesundheitszentrum in Bahnhofsnähe, wo es auch Parkplätze und eine gute ÖPNV-Anbindung gebe. All das habe man angesprochen und als Antwort bekommen, dass man dann künftig mit dem Taxi dorthin fahren müsse oder einen blauen Ausweis als außergewöhnlich Gehbehindert brauche. Dies sei keine praktikable Lösung für Leute, die zu Arztpraxen oder Apotheken möchten. Man wolle auch eine Verkehrsberuhigung, aber auch, dass von Anfang an das Automobil und die mobilitätseingeschränkten Personen mitgedacht würden. Dies sei momentan nicht der Fall. Daher sei der Antrag, dass das Verkehrskonzept, so wie es nun vorliege, nicht umgesetzt würde, ohne dass die anderen Punkte beraten worden seien. Zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich höre man, dass es nicht ginge, aber in Hagsfeld habe man dies auch. Man fordere diesen Bereich ausdrücklich nicht, aber wenn die Verwaltung dauerhaft damit drohe, dass die Spielstraße entfalle, habe man noch eine andere Lösung. Sie seien der Meinung, dass das Verkehrskonzept, wie es derzeit vorliege, nicht zustimmungsfähig sei. Die Mehrheiten hätten sich geändert und man habe auch im Wahlkampf gesagt, das Verkehrskonzept sei für sie nicht zustimmungsfähig. Sie vertreten daher die Meinung ihrer Wähler und stimme daher dem Konzept nicht zu. Sie denken aber zugleich, dass es Sinn ergebe, in eine weitere Runde einzusteigen, in der man den Einzelhandel und das Automobil von Anfang an mitdenke. Dann habe man auch ein pragmatisches Verkehrskonzept, was alles berücksichtigen könnte.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 4

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die erarbeitete Beschlussvorlage. Im Herbst 2019, damals frisch gewählt, habe man sich zusammengesetzt und überlegt, was man tun könne, um die Aufenthaltsqualität in der Durlacher Altstadt zu erhöhen. Ihre Ziele seien damals gewesen, überlastete Straßen wie die Ochsentorstraße und Prinzessenstraße zu entlasten, das Verkehrschaos um die Schlossschule herum zu verhindern, die illegalen Durchfahrten durch die Fußgängerzone soweit wie möglich zu verringern und unterbinden, den lokalen Einzelhandel zu stärken, welcher durch den Onlinehandel unter Druck sei und wichtige Ziele in der Altstadt weiterhin mit dem Auto erreichbar zu halten. Dies wollte man damals schnell und pragmatisch, ohne Umbauten, erreichen. Im Januar 2020 sei der Antrag in den Ortschaftsrat gekommen und die Ideen hinter dem Antrag fanden damals eine breite Unterstützung, auch seitens der FDP. Herr Malisius habe damals sogar gesagt, dass er unter Umständen sogar eine autofreie Altstadt befürworten würde. Es habe sich dann auch herausgestellt, dass die Verkehrssituation in Durlach keinen Stillstand zulasse, da die Verkehrsmengen im Altstadtring zu hoch waren und noch immer seien. Es habe nur zwei Optionen gegeben. Entweder man beruhige weiterhin den Verkehr durch eine Erweiterung der Fußgängerzone oder man erhalte mehr Verkehr durch eine andere Verkehrszone. Das Konzept stand dann schließlich im Dezember 2023 zur Abstimmung und fand eine Mehrheit. Aus ihrer Sicht sei der damalige Beschluss entgegen ihren damaligen Ideen bereits deutlich verwässert gewesen. Es sei nicht so gewesen, dass die Ideen ihrer Fraktion eins zu eins nachgezeichnet worden wären. Alles in Allem sei der Beschluss im Jahr 2023 ein Kompromiss gewesen, den man mitgetragen habe. Ein Kompromiss sei aber auch das, wozu die Demokratie gut sei. Bereits damals sei im Konzept enthalten gewesen, dass man Schritt für Schritt vorgehe um niemanden zu überfordern und bei Bedarf nachsteuern zu können. Im Jahr 2024 sei man leider noch nicht weiter gewesen und die CDU habe neue Mehrheiten genutzt um einen Änderungsantrag zu stellen, bei dem es zum Teil zu einer Rolle rückwärts kommen sollte. Das Verkehrskonzept sei mittlerweile schon 5 Jahre alt gewesen und musste nun erneut eine Runde durch die Verwaltung drehen und band erneut personelle Ressourcen. Das Resultat liege nun zur Beschlussfassung vor. Hierbei handle es sich erneut um einen Kompromiss und liege noch weiter vom ursprünglichen Konzept entfernt. Insbesondere für die Situation um die Schlossschule herum gebe es kaum Entlastung und das obwohl sowohl die Schlossschule als auch das Kinder- und Jugendhaus entsprechende Stellungnahmen für das Konzept geschrieben hätten. Die Grundidee des Konzepts sei noch erkennbar und die Altstadt lade mehr zum Bummeln ein. Damit werde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass nach der Passantenbefragung 2023 der größte Einzelhandelsumsatz in Durlach von Menschen verursacht werde, welche zu Fuß oder mit dem ÖPNV anreisen. Erst danach kämen die Menschen, welche mit dem Auto oder Fahrrad in die Altstadt kämen. Auch Parkplätze würden mitgedacht werden. Bei dem Verkehrskonzept seien Erhebungen durchgeführt worden, welche zur Parksituation erbrachten, dass es im öffentlichen Raum wenige, im Parkhaus vom Scheck-In-Center einige und im Parkhaus in der Amalienbad-

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

straße richtig viele freie Plätze gebe. Das Parkhaus in der Amalienbadstraße würden viele aber auch schon gar nicht kennen. Dies sei eher ein Problem. Zum Punkt der mobilitäts-eingeschränkten Personen führt sie aus, dass die Ärzte aus Durlach aus Gründen des Mietobjektes nach Grötzingen gezogen seien, nicht auf Grund der Parksituation. Man sei definitiv nicht da, wo man als Grüne gerne seien wolle. Die Situation werde nicht bleiben, wie sie ist. Die Altstadt würde eine andere Verkehrszone erhalten, wenn man nichts unternehme. Der Verkehr im Altstadtring würde weiterhin zunehmen und das Pflaster weiter beschädigen. Man werde daher als Grüne dem vorliegenden Konzept als Kompromisslösung zustimmen, auch damit der Prozess endlich ein Ende finden könne. Zum Änderungsantrag der FDP sagt sie, dass es ein reiner Verhinderungsantrag sei, welcher die Verwaltung weiter beschäftige. Dies könne man den Menschen auf der Straße nicht erklären. Die FDP predige einen schlanken Staat und in der Praxis beschäftige sie die Verwaltung mit Themen, welche schon häufig auf der Tagesordnung, teilweise auch ohne Bezug zum Verkehrskonzept, gewesen seien. Man ringe um Einsparvorschläge um den städtischen Haushalt genehmigungsfähig zu bekommen und binde dann andererseits personelle Ressourcen zu Themen, die bereits breit diskutiert seien. Auf die einzelnen Punkte des Änderungsantrags wolle sie nicht näher eingehen, die Stellungnahme der Verwaltung sei klar und verständlich. Sie wolle festhalten, dass der Änderungsantrag eine Ohrfeige für alle sei, welche seit nun 6 Jahren konstruktiv für eine Lösung gearbeitet hätten. Der Antrag mache die Arbeit zunichte und entwerte diese. Sie sagt, der Antrag sollte zurückgezogen werden, andernfalls lehne man ihn natürlich ab.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Eine heiße Debatte sei bereits am Morgen medial in Aussicht gestellt worden. Er hatte die Hoffnung, dass man die Erwartung enttäusche. Leidenschaftlich debattiert werde derzeit schon im Übermaß. Man sollte sich eigentlich die der Adventszeit nachgesagten friedvolle und fröhliche Stimmung zu Herzen nehmen und sich ebenso friedvoll einigen. Worte seien in den vergangenen Jahren über das Verkehrskonzept genug gewechselt worden. Emotionen und Standpunkte seien in der Bürgerschaft und im Gremium aufeinandergeprallt. Beschlüsse seien mit neuen Mehrheiten wieder eingesammelt und Änderungen beschlossen worden. Er wolle an dieser Stelle nicht weiter auf die Vergangenheit eingehen. Nun müssten aber Taten folgen, sonst mache man sich in der Bürgerschaft lächerlich und überstrapaziere die Ressourcen des Stadtplanungsamtes, wenn man stets neue Prüfungen und Änderungen fordere. Der Änderungsantrag hätte ein komplettes Aus der Bemühungen für das Verkehrskonzept zur Folge. Er wolle diesen nicht weiter kommentieren, sondern dem Pfinzgaumuseum als Hidden Story überlassen. Die Stellungnahme der Verwaltung sei eindeutig. Er dankt Frau Bronner und Frau Martin, mitsamt ihrer Kolleginnen und Kollegen, für die Vorlage und die darin befindliche Arbeit danken. Das Stadtplanungsamt habe es trotz der Hürden dennoch geschafft, eine kompromiss- und konsensfähige Vorlage zu erarbeiten. Die SPD-Fraktion stimme dieser ohne Punkt und Komma zu. Es gehe nun darum,

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

endlich den ersten, notwendigen Schritt zu gehen um die Aufenthaltsqualität in der Durlacher Altstadt weiter zu erhöhen und den Durchgangsverkehr soweit es geht außen vor zu lassen. Auch sie hätten lieber das ursprüngliche Verkehrskonzept, noch vor den Änderungen des vergangenen Jahres, umgesetzt gesehen. Man trage dennoch die Kompromisslösung gerne mit, gebe sie auch nach einem Jahr noch die Möglichkeit, die gesammelten Erfahrungen neu zu bewerten. Für sie sei entscheidend, dass das Verbot der Einfahrt von Fahrzeugen in die Pfinztalstraße von Westen kommend bestehen bleibe. In Sachen der Prinzessenstraße hätte man lieber die Einbahnstraßenlösung gesehen, trage aber auch hier den Kompromiss mit und betrachte dann, wie der Praxistest ausfalle. Die dritte beabsichtigte Änderung, der Öffnung der Pfinztalstraße nach Osten, habe sich ohnehin erledigt. Man habe jetzt die große Chance, den Altstadtring weiter aufzuwerten, Aufenthaltsqualität für Bewohnerinnen und Bewohner, Passanten und Gäste zu erhöhen. Davon profitierten letztlich alle, auch der lokale Einzelhandel. Er appelliert, man solle die Chance in möglichst großer Geschlossenheit nutzen, die Kontroversen in Sachen Verkehrsmittel ad-acta legen und auf eine zukunftsfähige Lösung für Durlach bauen.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) sagt, er bitte jeden Anwesenden zu überlegen, ob man nicht auch ein gesplittetes Konzept verabschieden könne. Er sei der Meinung, dass man mit Sicherheit Punkte finde, bei denen man alle einen Konsens habe, hier sei beispielsweise die Prinzessenstraße zu nennen. Dies sei eine Notwendigkeit um an das Parkhaus zu kommen und den Verkehr abfließen lassen zu können. Man könne beispielsweise hier einen Split machen und dies einzeln verabschieden. Man spreche hier schließlich von rund 270 Parkplätzen, die man an- und abfahren könne. Dies fördere auch das Scheck-In-Center als Einkaufszentrum in Durlach. Wenn man die eierlegende Wollmilchsau haben wolle, würde man noch die nächsten Jahre hier sitzen und könne keinerlei Fortschritt machen. Das man hier Diskussionen über die Fußgängerzone habe, welche verlängert werde, wundere ihn. Dies habe jeder gewollt. Er spricht zusätzlich an, dass man in verkehrsberuhigten Bereichen aber auch nicht von Fahrradfahrern nahezu angefahren werden dürfe. Er kritisiert das Parkleitsystem, denn die Leute fänden teilweise nicht mal die Parkhäuser, beziehungsweise Parkgaragen. Man müsse dieses Jahr eine Lösung für das Verkehrskonzept haben und den Bürgern eine Lösung zeigen. Das sei die Verantwortung des Ortschaftsrats.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, sie sei jetzt durch Herrn Clemens etwas durcheinander. Er sage, er hätte gerne die Prinzessenstraße in beide Richtungen offen. Dies sei derzeit bereits so und Bestandteil des Verwaltungsvorschlags. Weiter sagt er, er hätte gerne die Verlängerung der Fußgängerzone. Dies sehe das jetzige Konzept ebenso vor. Weiter sehe das Konzept die Beibehaltung des verkehrsberuhigten Bereichs im Altstadtring vor. Wenn er die drei Sachen auch so sehe, müsste er ja eigentlich der Verwaltungsvorlage zustimmen. Dies wollte sie nur nochmal klären.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, er wolle nicht bei der Historie und der Aufarbeitung der letzten Jahre anfangen. Das habe man heute auch schon gehört. Das Verkehrskonzept als Solches beschäftige sie schon eine ganze Weile. Es seien auch viele Dinge dabei, die auch ihre Fraktion sehr sympathisch fänden, wie beispielsweise die Verlängerung der Fußgängerzone bis zum Schlossplatz und in die Marstallstraße hinein. Dies ergebe durchaus auch Sinn und habe einen Charme. Man sehe aber auch ein Problem, was die Ochsentorstraße anbelange, wie von Herrn Dr. Noé bereits ausgeführt. Dies sei zwar ein Knackpunkt, aber für die Gesamtbetrachtung wolle man dies versuchen. Was die Prinzessenstraße anbelange habe es aber den Knackpunkt gegeben. Dies sei nun in der neuen Verwaltungsvorlage aufgenommen worden. Für ihn seien dort aber zu viele wenn-und-abers drin. Die Prinzessenstraße sei damals Grundlage für den Änderungsantrag der CDU im Jahr 2024 gewesen. Die beidseitige Befahrbarkeit der Prinzessenstraße dürfe für sie aber keine Grundlage für eine Diskussion werden, ob die Zonen einer verkehrsrechtlichen Widmung standhalten oder nicht. Dies sei so aber in der Vorlage enthalten. Dies sei ihm zu vage. Man sehe hier ansonsten schon eine nachhaltige Beeinflussung für den Verbundanker des Einzelhandels betreffend des Scheck-In-Centers und seiner Zufahrtsmöglichkeit des Parkhauses. Darüber hinaus sei für sie auch die Zufahrtsmöglichkeit in den Altstadt-ring bei der Bienleinstorstraße, also aus Westen kommend, ein Thema gewesen. Wenn man diese Zufahrt nichtmehr zulasse, werde man die Zufahrt über die Lederstraße generieren müssen. Dies sei für sie nicht per-se der geeignetste Zufahrtsweg in den Altstadt-ring. Hier habe man auch gesagt, den Versuch könnte man noch mitgehen, wenngleich ihnen dazu ein grundsätzliches Verständnis gefehlt hätte. Er kritisiert, dass man die Stellungnahme der Verwaltung auf den Antrag der FDP erst zwei Stunden vor der Sitzung erhalten habe, diese hätten sie bereits gestern zur Fraktionssitzung gebraucht.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) unterbricht und führt aus, dass dies bei einem kurzfristigen Änderungsantrag manchmal nicht funktioniere. Die Stellungnahme müsste vom Fachamt erstellt und mit den beteiligten Dienststellen abgestimmt werden. Auch im Gemeinderat erhalte man manche Stellungnahmen erst kurzfristig.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, er erinnere sich an die Vergangenheit, als der Urgedanke des Verkehrskonzepts dargelegt worden sei. Hier sei die Ausgangslage gewesen, dass die Verkehrszahlen im Altstadt-ring zu hoch seien und man diese senken müsste. Hier hätte es geheißen, wenn man dies nicht schaffe, bekomme man die verkehrsberuhigten Bereiche im Altstadt-ring nicht mehr gerechtfertigt. Er erinnere sich, dass damals dann das Szenario der 20er-Zone aufgezeigt wurde. In der jetzigen Stellungnahme lese man nun, dies würde nicht gehen. Zum Punkt der Ausfahrt aus der Pfinztalstraße in Richtung Hengstplatz sagt er, habe man das Gefühl, die Verwaltung wolle das einfach nicht und habe es daher negativ beschrieben. Man sehe mit der heutigen Vorlage die Punkte ihres damaligen Änderungsantrags entzogen und könne daher nicht zustimmen.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 8

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) sagt, die AfD-Fraktion sei noch nicht so lange im Gremium und man sei für jede gute Lösung offen. Wenn man in die Historie gehe, sei das ursprüngliche Ziel gewesen, ein Konzept zu beschließen, welches mit großer Mehrheit des Gremiums getragen werde. Im Wahlkampf habe das Verkehrskonzept für die AfD keine Rolle gespielt und man sei für andere Dinge gewählt worden. Für ihre Wähler gebe es wichtigere Probleme, die sie bedrückten, wie beispielsweise Steuergeldverschwendung und Energieversorgung. Ob der Verkehr in Durlach links- oder rechtsherum fahre, spiele für ihre Wähler keine Rolle. Nach seiner Einschätzung sei das Konzept derzeit noch nicht abstimmungsfähig mit dem Ziel, eine große Mehrheit zu finden. Daher unterstütze er den Vorschlag von Herrn Dr. Noé, dass man das Konzept nochmals in Ruhe neu bedenke und ein Konzept erarbeite, was von einer sehr großen Mehrheit aller Anwesenden getragen werden könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) führt nochmals aus, dass in der jetzigen Vorlage viel Arbeit stecke. Sie sei auch immer mal kritisch gegenüber der Verwaltung und fordere auch Arbeit für das Gremium ein. Sie sehe hier aber nicht, dass man die Verwaltung noch weiter mit Aufträgen beschäftige, die nicht umsetzbar seien. Man könne für oder gegen das Verkehrskonzept sein. Es brauche auch nicht immer zwangsläufig eine große Mehrheit, wenngleich dies natürlich wünschenswert wäre. Man stehe nun aber an einem Punkt, an dem das Gremium seiner Pflicht nachkommen müsse und eine Entscheidung zu treffen sei. Es gehe heute um den einzigen Punkt, ob man für das vorgelegte, durchgearbeitete und durchgeprüfte Verkehrskonzept sei oder nicht. Wenn man dies nun ablehne, sei das Verkehrskonzept zunächst vom Tisch. Man fange in dem Fall dann wieder von null an. Bei einem so komplexen Thema wie einem Verkehrskonzept einer Mittelstadt wie Durlach könne man nicht davon ausgehen, dass man mal eben ein neues Konzept erarbeite. Hier kämen verschiedenste Verkehrsströme und Erfordernisse zusammen und es sei ein hochkomplexer Vorgang. Sie bitte daher darum, dass heute über das Konzept entschieden werde.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) sagt, sie habe das Thema der mobilitätseingeschränkten beschäftigt. Sie fragt, wie diese möglichst nahe an die Stellen kämen, wo sie hinmüssten. Dies sei ihr noch nicht so ganz klar. Die Lösung mit Taxi sei nicht praktikabel. Weiter spricht sie die Sackgassenregelung der Ochsentorstraße an. Hier sehe sie ein großes Problem, denn die Wendemöglichkeiten seien beschränkt und es entfielen weitere Parkplätze. Als weitere Frage habe sie, wenn die Einfahrt aus Richtung Westen unterbleibe, was es als Alternativen gäbe.

Frau Bronner (StPIA) sagt zur Barrierefreiheit, dass es barrierefreie Stellplätze gebe. Wenn es einen Mehrbedarf ergebe, würde man dies im Einzelfall erweitern. Es verändere sich hier nichts an der Ist-Situation. Zur Situation der Ochsentorstraße antwortet sie, dass

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 9

dort keine Stellplätze entfallen würden, da hier keine Wendemöglichkeit vorgesehen werde. In diesem Bereich reiche die Fläche für ein kurzes Rückwärtsfahren aus. Zur Zufahrt in den Altstadtring sagt sie, dass dies über die Kanzler- und Lederstraße abgebildet werde. Es gehe darum, weniger Verkehr in den Altstadtring zu bekommen. Wenn man den Widerstand nicht erhöhe in die Richtung fahren zu können, werden sich die Verkehrsmengen nicht reduzieren, was im Rahmen der Erhebungen zum Verkehrskonzept untersucht worden sei. Es wurde auch geprüft, ob es nicht schon reichen würde, die Kurzzeitstellplätze im Altstadtring zu entfernen. Hier sei festgestellt worden, dass dies nicht ausreiche und man andere Maßnahmen ergreifen müsse. Sie führt auch aus, dass man die Interessen des Einzelhandels nicht ignoriert habe. Man müsse aber schauen, dass man die Themen verkehrsplanerisch objektiviere. Die Verkehrsplanung sei stets ein Kompromiss.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen und sagt, Verkehrsthemen seien stets hitzig. Er wolle auf drei Punkte der Rednerinnen und Redner eingehen. Dass man in der letzten Legislatur kompromissbereiter war, könne daran gelegen haben, dass das Parkhaus stets Bestandteil der Diskussion gewesen sei. Dies sei eine uralte Forderung der FDP gewesen. Hier habe es auch Investoren und etliche Anträge gegeben, welche aber nie weiterverfolgt worden seien. Zur Aufenthaltsqualität sagt er, gehöre für ihn, dass man einen Einzelhandel, Gastronomie, Gesundheitseinrichtungen und ein Kulturangebot habe. Wenn man diesen die Grundlage nehme, einen brauchbaren Umsatz zu machen, da die ganzen Käufer, die mit dem Auto anreisten, nicht mehr da seien, habe man vielleicht eine zauberhafte Altstadt aber viel Leerstand oder unterschiedliche Läden, wie in der Fußgängerzone in Karlsruhe.

Frau Bronner (StPIA) sagt zu Herr Dr. Noé und Herrn Gaebel bezüglich des Parkhauses, dass man auch das Thema Parken im Prozess des Verkehrskonzepts betrachtet habe. Man habe hier festgestellt, dass man tagsüber kein Kurzzeitparkproblem habe. Wenn überhaupt habe man nachts ein Anwohnerparkproblem. Es gebe Richtlinien, in denen man den Parkdruck einteile. Hieraus ergebe sich für die Stadtverwaltung keine Wirtschaftlichkeit für das Erbauen eines Parkhauses. Daher sei die Antwort ausgefallen, wie sie ausgefallen sei.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, man sei kompromissbereit und habe den Änderungsantrag nicht als Verhinderungsantrag gestellt, sondern aus Gründen der Transparenz. Man habe nochmals die Argumente ihrer Fraktion in einem Änderungsantrag zusammengefasst. Man sei bereit, das Verkehrskonzept mitzugehen, wenn zwei Punkte weiter ausgearbeitet würden und die Vorarbeit sei nicht umsonst.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt, er versuche die Debatte aufs Wesentliche zu steuern. Man rede heute nicht über das gesamte Verkehrskonzept. Man rede heute über

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

zwei Anträge, die auch vom Inhalt voneinander unabhängig seien. Dies sei einerseits der Antrag der FDP, welcher durchaus eine Radikalität in sich trage und andererseits die Einzelmaßnahmen der Verwaltung. Man werde den FDP-Antrag ablehnen, da man sich nicht vor der Verantwortung gegenüber der Durlacher Einwohnerinnen und Einwohner drücken wolle. Es gebe sehr viele wertvolle Ausarbeitungen zum Verkehrskonzept. Es sei die Aufgabe des Gremiums hier weiterzumachen. Dies gehe aber nicht, wenn man dem FDP-Antrag unterstütze. Er finde es auch etwas komisch, wenn man stets sage, die Verwaltung mache nichts, dann mache sie etwas und dann sage das Gremium, dass man wolle, dass nichts gemacht werde. Dies könne nicht sein. Zu den Maßnahmen sagt er, seien zwei eigentlich bereits auf dem Weg. Es gehe nur um eine verkehrsrechtliche Maßnahme zur Sperrung der Zufahrt zum Altstadtring von Westen kommend. Dies koste keine 1.000 Euro, denn man müsste nur zwei Schilder aufhängen. Man müsse hier keine Straße einziehen und könne ganz schnell, noch vor den Weihnachtsfeiertagen, umgesetzt werden. Es wäre eine wichtige Sache, endlich in die Problematik der Beruhigung der Altstadt einzusteigen. Er gehe mit den anderen Aussagen mit, dass man es den Leuten nicht mehr erklären könne, warum derzeit Garnichts geschehe. Die 1.400 Unterschriften hätten sicherlich auch nicht dafür unterschrieben, dass nichts weiter geschehe. Er sei auch davon überzeugt, dass das Verbot der Einfahrt aus Westen auch das Problem des Pflasterbelags lösen könnte. Dort gebe es einen regelmäßigen Schleich- und Durchfahrtsverkehr zur Pfinzstraße hin. Dem könne man mit einer solchen Maßnahme begegnen.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) fasst nochmals zusammen, dass man heute eine Lösung zu finden habe. Die Lösung könne nicht sein, dass man das Konzept einfach auf null setzen lasse. Dieses Risiko dürfe und sollte man nicht eingehen. Er spricht nochmals an, ob man nicht in Teilen beschließen könne. Er sei sich sicher, dass man die Ostlösung von der Westlösung entkoppeln könnte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, dass man eher ein grundsätzliches Problem habe. Der eine denkt, der Autoverkehr sei wichtiger, der andere denkt, Aufenthaltsqualität und weniger Autos bringen dem Handel vor Ort mehr. Dies könne man so einfach auch nicht auflösen. Was heute von der Verwaltung vorgeschlagen werde, sei die Kompromisslösung.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) spricht das Parkhaus an. Er sei seit 17 Jahren im Ortschaftsrat. In diesen Jahren habe er bisher nur zwei Mal gehört, dass Menschen Interesse hätten, an der Festhalle ein Parkhaus zu bauen. Er habe noch nie gehört, dass die Verwaltung oder die Politik einen Bauantrag auf den Bau eines Parkhauses in Durlach verhindert habe. Er kenne niemanden, der ansteht und ein Parkhaus errichten wolle, vermutlich weil es noch nicht wirtschaftlich genug sei. Es erzeuge ein Bild, dass das Thema nur durch Politik und Verwaltung verhindert werde, wogegen er widerspricht.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 11

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet darauf, dass es mal ein ganz konkretes Angebot eines konkreten Unternehmers gegeben habe, ein Mobilitätszentrum auf dem Festhallenparkplatz zu bauen und zu finanzieren. Er könne dafür lediglich keinen Bauantrag stellen oder bauen, da es sich um ein städtisches Grundstück handle. Es habe zwar nichts mit Politik zu tun, aber von Verwaltungsseite habe man hier keine Kontaktaufnahme initiiert um das Grundstück zu verkaufen. Es sei zwar richtig, dass der Interessent nicht mehrmals angeklopft habe, aber es stimme nicht ganz, dass es gar keine Angebote oder Vorstellungen gegeben habe. Sie unterbricht die Sitzung für 15 Minuten.

Sitzungsunterbrechung von 20.00 Uhr bis 20.15 Uhr

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, die Unterbrechung habe nochmals Möglichkeit gegeben, über Alternativen nachzudenken. Er sagt nochmals, dass der Änderungsantrag kein Verhinderungsantrag sei. Sie hätten die Knackpunkte nochmals schriftlich ausformuliert und den anderen Fraktionen vor dem Ältestenrat zukommen lassen. Die FDP habe derzeit zwei Probleme mit dem Verkehrskonzept, wie es bislang ausgearbeitet gewesen sei. Das erste sei die Erreichbarkeit der Innenstadt für mobilitätseingeschränkte Personen. Er habe inzwischen die Kenntnis erlangt, dass es eine Änderung einer städtischen Satzung gegeben habe, wodurch es hierfür eine Lösung gebe. Die Verwaltung wird hierfür gleich nochmals ausführen. Wenn man sie überzeuge, dass die Innenstadt, insbesondere die Gesundheitseinrichtungen, für mobilitätseingeschränkte Personen sichergestellt sei, sei einer der großen Punkte abgeräumt. Der zweite Punkt sei das Parkhaus an der Festhalle. Frau Ortsvorsteherin Ries habe hierzu soeben ausgeführt. Es gehe auch nicht darum, dass es genau dort sein müsse, sondern dass die Verwaltung sich der Thematik mal annehme. Nur wenn man Parkmöglichkeiten für die Besucherinnen und Besucher der Innenstadt anbiete, könne man diese auch außerhalb der Altstadt halten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt zur Parkhausthematik, dass sie sich mit Frau Bronner besprochen habe, dass man dies losgelöst vom Verkehrskonzept als Prüfauftrag an die Verwaltung mitnehme. Hierfür brauche man auch das Liegenschaftsamt. Man versuche dies auch nochmals in den Prozess des Sanierungsgebiets Stadteingang Durlach einzubringen. Ihrerseits könne man dann laufend im Gremium berichten, wenn es Probleme gebe oder der Prozess weiter voranschreite. Zum anderen Thema bitte sie das Ordnungsamt zu berichten.

Frau Martin (OA) führt zur Satzung über die Sondernutzung von Fußgängerbereichen aus, dass diese im Dezember 2024 genau in dem Punkt angepasst worden sei. Es gebe einen Berechtigungsausweis der Stadt Karlsruhe nach den Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen, welcher von der Sozial- und Jugendbehörde

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Sachstandsbericht und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur
Umsetzung des Durlacher Verkehrskonzepts**

Blatt 12

ausgestellt werde. Mit diesem Berechtigungsausweis dürfe auch in die Fußgängerzone eingefahren werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) betont nochmal, dass dies durch die eigene Verwaltung ausgestellt werde und daher auch schnell zu erhalten sei.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) fragt nochmals zur Prinzessenstraße. Hier habe man gesagt, man versuche es im Verkehrskonzept in einer zwei-Wege-Lösung. In der Vorlage stehe, dass es zu einer Problematik bezüglich der Verkehrsberuhigung in der Pfinztalstraße vom Hengstplatz her kommend führen könnte. Für sie sei dies von Anfang an ein wichtiger Punkt gewesen, da man von der ursprünglichen Ausgangslage völlig ohne Not zwei von drei Zufahrtswegen nehmen würde. Er fragt, was man dann mache, wenn es zu einer Angreifbarkeit komme. Es sei ein großes Risiko, was man für den Einzelhandelsstandort Durlach eingehen würde. Es stelle auch die Existenz der Einzelhändler in Durlach in Frage. Er fragt, wie ein potientiell Nachsteuern bei der Situation aussehen würde.

Frau Bronner (StPIA) sagt, es gehe nicht um die Angreifbarkeit des Zwei-Richtungsverkehrs, sondern dass es Auswirkungen für den verkehrsberuhigten Bereich in der Pfinztalstraße haben könnte, wenn dort aufgrund dieser Regelung zu viel Verkehr fließen würde. Sie sehe dies nicht als wahrscheinlich an, potentiell gebe es aber diese Möglichkeit. Dann müsste man schauen, wie man mit dem verkehrsberuhigten Bereich in der Pfinztalstraße oder mit der Prinzessenstraße umgehe. Dies müsste man aber eben nach einem Jahr etwa prüfen, da die Verkehrsflüsse ungefähr ein Jahr bräuchten um sich umzulenken.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) sagt, die AfD stehe fest an der Seite der Familienunternehmer und der Selbstständigen, der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden. Daher lehne man das vorliegende Konzept weiterhin ab.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) zieht den Änderungsantrag zurück.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für die Beiträge, stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung auf:

Beschluss:

12x Ja

9x Nein

0x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich zugestimmt

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 6: Vergabe der Neuvermietung des Karlsburg-Cafés

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 6, Vergabe der Neuvermietung des Karlsburg-Cafés, auf. Sie fragt, ob man gleich zur Abstimmung kommen könne und stellt keine Wortmeldungen fest. Sie ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf:

Beschluss:

20x Ja

0x Nein

1x Enthaltung

Ergebnis: einstimmig zugestimmt

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 7: Gewährung einer Beurlaubung aufgrund vorübergehender, beruflicher
Abwesenheit**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 7, Gewährung einer Beurlaubung aufgrund vorübergehender, beruflicher Abwesenheit, auf. Sie fragt, ob man gleich zur Abstimmung kommen könne und stellt keine Wortmeldungen fest. Sie ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf:

Beschluss:

20x Ja

0x Nein

0x Enthaltung

Ergebnis: einstimmig zugestimmt

11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Aktueller Sachstand zum Neubau der Kita Bergwaldstraße

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 8, Aktueller Sachstand zum Neubau der Kita Bergwaldstraße, auf. Die Antwort der Verwaltung liege vor.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) fragt, mit welchen Sanierungs- und Instandhaltungskosten das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft in der Zwischenzeit für die bisherige Kita Lußstraße rechne. Der Neubau der Kita Bergwaldstraße solle die Lußstraße ersetzen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, man nehme die Frage mit und reiche die Antwort nach. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 9: Barrierefreier Ausbau Gleis 11 und 12 im Bahnhof Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 9, Barrierefreier Ausbau Gleis 11 und 12 im Bahnhof Durlach, auf. Die Antwort der Verwaltung liege vor. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 10: Mitteilungen des Stadtmtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 10, Mitteilungen des Stadtmtes, auf. Diese lägen wie gewohnt aus und seien elektronisch verfügbar.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 11: Mündliche Fragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 11, Mündliche Fragen, auf.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, aus dem Jugendforum hätten sich zwei Fragen ergeben. Die Jugendlichen hätten gemeint, der Zugang für das Kinder- und Jugendhaus Aue sei ziemlich versteckt und würde häufiger gesucht. Es sei vorgeschlagen worden, zwei Schilder am Autohaus und der Kirche anzubringen. Weiter sei von der Lehrerschaft des Markgrafen-Gymnasiums gefragt worden, wie der Sachstand bezüglich des Hausmeisterhäuschens sei. Ihr letzter Stand sei gewesen, dass dieses Anfang des kommenden Jahres eingeweiht werden solle. Sie fragt, ob dies noch so im Zeitplan sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, man nehme die Fragen mit und informiere im Nachgang. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**11. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 3. Dezember 2025,
17:00 Uhr**

Blatt 1

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende recht herzlich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:29 Uhr.

Die Vorsitzende:

Der Schriftführer:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
Robin Axtmann
(StaDu)

Die Urkundspersonen:

.....
OR Dr. Mezger
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

.....
OR Miersch
(CDU-OR-Fraktion)